

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: 886 846 ppbn  
Teletax: (02 28) 9 15 20-12

## Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB stellt einen Gesetzentwurf zur Entwicklungspolitik vor: Das Parlament muß eine größere Verantwortung übernehmen.

Seite 1

Gernot Erler MdB analysiert die außenpolitische Diskussion der CDU: Vorbereitung von Verteilungskämpfen.

Seite 4

Dr. Edith Niehuis MdB fordert, aus den Ereignissen in Algerien Lehren zu ziehen: Mit der Gewalt gegen Frauen beginnt es.

Seite 8

48. Jahrgang / 206

27. Oktober 1993

### Die Entwicklungspolitik gesetzlich regeln Das Parlament muß eine größere Verantwortung übernehmen

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB  
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Ziele und Instrumente der deutschen Entwicklungspolitik sind, anders als etwa in den USA, Schweden oder der Schweiz, gesetzlich nicht geregelt. Grundsätze, Verfahren und Institutionen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sind demnach oft schnell wechselnden politischen Machtverhältnissen, öffentlichen Einschätzungen und schwankenden Konzepten unterworfen. In diesem Politikbereich verfügt das Parlament bisher über keine gesetzliche Basis. Der Beschluß von Anträgen im Deutschen Bundestag kann das notwendige Minimum an gesetzlicher Regelung nicht ersetzen.

Der Gesetzentwurf zur Entwicklungspolitik unterstreicht, daß wir internationale Sicherheit und Friedenspolitik nicht vorwiegend als militärisches Problem sehen, sondern entschlossen sind, nicht nur die Symptome, sondern auch die Ursachen von Armut, Gewalt, Völkerwanderung und Krieg zu bekämpfen. Dazu gehört, daß die Entwicklungspolitik einen tragenden Stellenwert im Gesamtbereich der internationalen Politik erhält.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die SPD mit ihrem jüngst eingebrachten Gesetzentwurf zur Entwicklungspolitik vor allem fünf Absichten:

#### 1. Größere Eigenständigkeit und Verbindlichkeit entwicklungspolitischer Ziele

Entwicklungspolitik kann nur nachhaltige Erfolge aufweisen, wenn sie als Investition in die Zukunft angelegt ist. Investitionen bedürfen aber stabiler Rahmenbedingungen und stetig verfolgter Ziele und einer Konzentration der Mittel. Alle Parteien sind sich einig: die Vermehrung der Weltbevölkerung ist bedrohlich, die Massenarmut in der Welt wächst, die globale Umwelt ist in Gefahr. Der vorliegende Gesetzentwurf stellt nun alle Fraktionen des Bundestages auf den Prüfstand, ob sie noch den Willen aufbringen, trotz großer innerer Probleme in Deutschland auch von deutscher Seite den notwendigen Beitrag zur Lösung der globalen Probleme zu leisten und der Entwicklungspolitik einen größeren Stellenwert mit verbindlichen Zielen zu setzen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 1204 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 32,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verbindliche Umkehr  
an allen Stellen  
Kreuzung-Punkt



**2. Parlament und Öffentlichkeit sollen in Zukunft stärker an den entwicklungspolitischen Entscheidungen beteiligt werden**

Der Deutsche Bundestag soll in Zukunft stärker Einfluß nehmen auf die entwicklungspolitische Planung sowie auf finanzielle Zusagen im bilateralen und multilateralen Bereich - insbesondere im Hinblick auf Länder- und Projektschwerpunkte. Er soll seine Kontrollaufgabe gegenüber der Regierung besser wahrnehmen und das Engagement seitens Wissenschaft, Gesellschaft, Kirchen, Wirtschaft und Gewerkschaften und entwicklungspolitisch besonders engagierter Nichtregierungsorganisationen verstärkt einbeziehen (§ 15 - 19). Die Nichtregierungsorganisationen sollen in Zukunft besser unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für ihre Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik selbst (§ 9 / § 11). Entwicklungspolitik muß in Zukunft heraus aus dem Halbdunkel inner- und zwischenministeriellen Handelns um - wie andere Politikbereiche - für Parlament und Bürger größere Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeit zu schaffen. Dies gilt insbesondere auch für EG, Weltbank und andere multilaterale Institutionen.

**3. Die Entwicklungspolitik muß Querschnittsaufgabe der Gesamtpolitik werden**

Was sich im gesellschaftlichen Bewußtsein und in der Politik für die Innenpolitik durchgesetzt hat, daß nämlich Sozial- und Umweltpolitik Aufgaben sind, die auch in anderen Ressorts zu beachten sind, soll in Zukunft auch für die Entwicklungspolitik gelten. Das Gesetz postuliert deshalb, vergleichbar der Sozial- und Umweltverträglichkeit, den Begriff der "Entwicklungsverträglichkeit" politischen Handelns. Die Politik der Bundesregierung muß kohärent sein. Entscheidungen im Bereich von Entwicklungs-, Wirtschafts-, Handels-, Agrar- und Umweltpolitik müssen stärker abgestimmt werden (§ 20).

**4. Entwicklungspolitik muß in Zukunft stärker als Strukturpolitik gefaßt werden**

Globale Probleme können mit der herkömmlichen Entwicklungspolitik, die vorwiegend auf "Hilfe" in Gestalt von Geldtransfers und Projekten fixiert war, nicht gelöst werden. Ein zu hohes Bevölkerungswachstum, wachsende Armut und Umweltzerstörung bedürfen einer Entwicklungspolitik, die sich in erster Linie als umfassende Strukturpolitik versteht: in den Entwicklungsändern selbst, in der Weltwirtschaft, aber auch in den Industrieländern. (§ 1 und 2). Mit entwicklungspolitischen Leistungen sollen deshalb vor allem jene Länder unterstützt werden, die in ihrer eigenen Politik den Menschenrechten, der Armutsbekämpfung und dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen, sowie selbst entwicklungsorientierte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen fördern und maßvolle Rüstungsausgaben aufweisen (§ 2).

**5. Angemessene und stetigere Entwicklungsfinanzierung**

Das Gesetz enthält eine Bestimmung, wonach vorzusehen ist, daß öffentliche Leistungen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit schrittweise so gesteigert werden, daß sie ab dem Jahre 2000 mindestens 0,7% des Bruttosozialproduktes erreichen (§ 21). In der internationalen Debatte ist in diesem Zusammenhang allerdings zu klären, ob die bisherige Berechnungsmethode im Rahmen der OECD (DAC) noch objektiven Vergleichsmaßstäben standhält. Auf keinen Fall jedoch dürfen neue Anforderungen im Osten zu Lasten des Südens gehen.

Tilgungs- und Zinsleistungen der Entwicklungsänder für Kredite, die ihnen früher gewährt wurden, dürfen nicht dazu führen, daß ein wichtiger Teil neuer Leistungen dadurch kompensiert wird. Tilgungs- und Zinsleistungen sollen in Zukunft deshalb einem Sondervermögen des Bundes, nach dem ERP-Modell, aus dem Beiträge zu Entwicklungsfonds in Entwicklungsänder

dem geleistet werden, zugeführt werden (§ 22).

Neben diesen Eckpunkten des Gesetzentwurfes waise ich insbesondere noch auf folgende Einzelbestimmungen hin:

- Die Höhe und Kondition von Krediten sollen, aufgrund der Erfahrungen der internationalen Verschuldungskrise und ihrer entwicklungspolitischen Blockadewirkungen, in Zukunft stärker an die langfristige wirtschaftliche Leistungskraft eines Empfängerlandes gebunden werden (§4, Abs. 2).
- Budgethilfen sollen nur ausnahmsweise und nach einem vom Empfängerland vorgelegten Strukturanpassungsprogramm gewährt werden. Solche Programme sollen sich allerdings an den in dem Gesetz festgelegten Zielen orientieren und nicht an einseitig makroökonomischen Auflagen Internationaler Institutionen (§4 Abs. 3).
- Lieferungen deutscher Firmen im Rahmen entwicklungspolitischer Leistungen des Staates sind möglich, sie müssen aber den entwicklungspolitischen Zielen des Gesetzes entsprechen, auf internationalen Ausschreibungen beruhen und dürfen mögliche Eigenleistungen im Entwicklungsland nicht verdrängen (§ 5).
- Ein Empfängerland soll sich an der Planung und vor allem auch den Kosten entwicklungspolitischer Maßnahmen beteiligen. Dies ist nach allen Erfahrungen eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die Nachhaltigkeit von Investitionen zu verbessern (§ 6).
- Humanitäre Hilfe soll nicht auf Dauer, sondern nur in akuten Notlagen gewährt und rasch in entwicklungspolitische Initiativen überführt werden. Hilfsgüter sind grundsätzlich in der Region zu beschaffen (§ 7).
- Private Lieferungen, Investitionen und Kapitalanlagen in den Entwicklungsländern sollen ausdrücklich und womöglich verstärkt gefördert werden. Dies setzt aber eine strengere Orientierung an den entwicklungspolitischen Zielen voraus (§8).
- Um die Effizienz und Problemnähe der Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer zu verbessern und die Kosten dafür zu senken, soll diese in der Regel in den Entwicklungsländern erfolgen (§ 10).
- Die Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen darf nicht monopolisiert werden. Sie sollen nach den Prinzipien von Kompetenz und Wirtschaftlichkeit dem geeignetsten Träger übertragen werden. So sollen auch nichtstaatliche Auftragnehmer, insbesondere auch aus den Entwicklungsländern selbst, stärker berücksichtigt werden (§ 12).
- Eine wichtige Voraussetzung zur Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit ist eine frühe und effizientere Koordination der bi- und multilateralen Maßnahmen. Dies gilt insbesondere im Rahmen der europäischen Gemeinschaft (§ 13).
- Zwischen Bund und Ländern sollen insbesondere hinsichtlich der personellen Entwicklungszusammenarbeit, der Aus- und Fortbildung sowie der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit die Abstimmung verbessert werden. Es soll eine Bund-Länder-Kommission für Entwicklungspolitik eingerichtet werden (§ 14).

(-27. Oktober 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **Außenpolitik als Vorbereitung von Verteilungskämpfen** Rationalisierung und Militarisierung in der Grundsatzprogrammdebatte der CDU

Von Gernot Erler MdB  
Abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die CDU bereitet sich derzeit auf die letzte und entscheidende Runde zur Vorbereitung eines neuen Grundsatzprogramms vor. Der CDU-Bundesausschuss hat vor wenigen Tagen unter dem Titel "Freiheit und Verantwortung" einen Leitartikel zum neuen Grundsatzprogramm vorgelegt, über den der nächste Parteitag am 21. bis 23. Februar 1994 in Hamburg entscheiden wird. Dieser Leitartikel verändert in erheblicher Weise den Entwurf für ein CDU-Grundsatzprogramm, der im Januar 1993 der Partei von der Grundsatzprogramm-Kommission zur Diskussion vorgelegt wurde. Wer erkennen will, in welche Richtung die CDU marschiert und welche politisch-strategischen Grundentscheidungen sich bei den Christdemokraten anbahnen, kann aus diesen Texten einiges lernen - besonders aus einem Vergleich des Entwurfs vom Januar 1993 (benutzte Abkürzung: GPA) mit dem Leitartikel vom Oktober dieses Jahres (GPN). Hier soll ein solcher analytischer Vergleichsversuch für den Bereich Außenpolitik gemacht werden, der im Kapitel V des Grundsatzprogramms unter dem Titel "Für eine freie und friedliche Welt" seinen Niederschlag gefunden hat.

### Europa: Die neue Angst vor zuviel Integration

Das Jahr 1993 hat deutliche Spuren in der Programm-Arbeit der CDU hinterlassen. Wenige Monate vor der Europawahl verabschieden sich die Christdemokraten des Obereuropäers Kohl von ihrem lange gepflegten Integrationsoptimismus. Besonders deutlich wird dies, wenn auf einmal die Bedeutung der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion auffallend herabgestuft wird. Im Januar hieß es noch entschlossen: "Wir brauchen die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa." Das Euro-Geld war noch *conditio sine qua non* für die europäische Integration: "Die europäische Union bliebe unvollständig ohne eine gemeinsame Währung". Fast schwärmerisch ergänzten damals die Programmautoren: "Sie ist zudem Ausdruck einer gemeinsamen Identität und Symbol der Zusammengehörigkeit" (alle Zitate GPA). Zehn Monate später kehrt Nüchternheit ein. Nur noch ein Satz findet sich jetzt zu diesem Thema: "Ziel der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik ist die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion". Die Rückschläge für den dreistufigen Maastricht-Plan zur Währungsunion lassen grüßen. Aber überhaupt setzen Kohls Strategen die Prioritäten bei Europa nun anders. An der Stelle der Kapitelüberschrift "Europa auf dem Weg zur Einheit" (GPA) steht jetzt "Europa - Einheit schaffen, Vielfalt bewahren" (GPN). Der Föderalismus und die Subsidiarität in einem künftigen "Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft" werden stärker betont. Typisch ist der Zusatz zu einer Versicherung, die schon im Januar gegeben wurde ("Die Vollendung der europäischen Union bedeutet nicht die Auflösung der Nationalstaaten"): als reiche dieses Versprechen gegen allzuviel Europa nicht aus, folgt jetzt die Feststellung: "Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen sich" (GPN). Wohlbermerkt - in dieser Reihenfolge! Die Verbeugung in Richtung Gauweiler und seiner integrationsmuffigen CSU läßt sich nicht übersehen.

Dagegen überrascht die Entschiedenheit, mit der sich die CDU zur Öffnung der EG für neue Mitglieder bekennt. Der alte Entwurf blieb zu dieser Frage noch lakonisch: "Die Vertiefung der Gemeinschaft steht nicht im Gegensatz zu ihrer Erweiterung, sondern ist ihre Voraussetzung". Ganz anders der Oktober-Text: "Die Gemeinschaft muß offen sein für neue Mitglieder, welche die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen. Wir wollen, daß der Weg in die europäische Gemeinschaft diesen Ländern zugleich Zugang zu den westlichen Sicherheitsstrukturen, zur Westeuropäischen Union und zur NATO eröffnet. Auf dem Weg zur vollen Integration sind Assoziierungsverträge und der europäische Wirtschaftsraum sinnvolle Zwischenschritte" (GPN). In Warschau, Prag, Bratislava, Budapest, Bukarest und Sofia (das sind die Länder mit Assoziierungsverträgen) wird man das gerne hören. Geht es doch an Ein-

deutigkeit über den Kopenhagener Europagipfel hinaus, der künftige Beitritte nicht nur von "politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen" abhängig machte, sondern zusätzlich die Hürde Integrationskraft der Gemeinschaft einführte. Es wundert, daß diese Einschränkung hier fehlt, und es würde nicht erstaunen, wenn diese Formulierung bis Februar 1994 noch korrigiert würde.

Noch etwas fällt an der EG-Erweiterungs-Passage auf. Eindeutig will die CDU den Zugang zu WEU und NATO von einem Beitritt zur EG abhängig machen. Hierin kann man einen Ferndialog mit Volker Rühe sehen: Dessen Versuche, die NATO nach Osteuropa auszuweiten und zumindest Polen so rasch wie möglich in die Allianz zu integrieren, finden in dem Leitartikel keine Unterstützung.

Sollten die Delegierten des 5. CDU-Parteitag in Hamburg im kommenden Februar tatsächlich die Europa-Aussagen des entworfenen Grundsatzprogramms so übernehmen, dann wäre eigentlich eine Konstellation nicht mehr haltbar: Daß nämlich die CDU mit Helmut Kohl als die entschiedenste aller Integrationsparteien in den Europa-Wahlkampf zieht und der SPD den Part der Ungläubigen, der Zweifler und Kritiker zuschiebt. Zu deutlich fällt die nationalstaatliche Rückbesinnung aus, wohl zusätzlich genährt durch die Rückschläge bei der Umsetzung von Maastricht im Jahr 1993. Es deutet sich auch schon eine Rückfallposition an. Im neuen Entwurf taucht gleich im ersten Europa-Absatz ein Satz auf, der im Januar noch fehlte: "Wir wollen die deutsch-französische Freundschaft festigen, die ein wesentlicher Baustein der europäischen Einigung ist." Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, im Kontext aber einer Ortsbeschreibung der Internationalen Beziehungen Deutschlands fällt die Reihung auf: Europa ja, zumindest aber Achse Bonn - Paris; dann USA/NATO; dann Mittel-, Ost- und Südosteuropa und schließlich Dritte Welt. Man überdehnt die Interpretationsmöglichkeiten nicht, wenn man feststellt: Die Kanzlerpartei richtet sich darauf ein, die deutsch-französische Freundschaft kompensatorisch zu forcieren für den Fall, daß die europäische Integration zumindest vorübergehend auf weitere Hindernisse stößt.

#### **Deutschlands Rolle in der Welt: überwiegend militärisch**

"Sicherheit bedeutet für uns mehr als militärische Sicherung" (GPN). So steht es im Oktober-Leitartikel. Wer aber erwartet, daß nun eine Art außenpolitisches Konzept für jenes Deutschland mit "unserer gewachsenen außenpolitischen Verantwortung" folgt, wird enttäuscht. Stattdessen läßt die CDU keine Zweifel, wie sie diese Herausforderung beantworten will: "Wir wollen, daß sich Deutschland im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen an Aktionen der UNO, NATO, WEU und KSZE zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens beteiligen kann" (GPN; kleine Nuance: in GPA begann derselbe Satz noch mit der Formel: "Wir wollen die Voraussetzung dafür schaffen, daß..."). Aktionen zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens - das sind in aller Regel militärische Aktionen. Da paßt es dann dazu, daß ein Satz aus dem Januartext einfach ersatzlos wegfällt: "Frieden ist letztlich immer ein Werk der Gerechtigkeit".

Wenn Frieden aber eher ein Werk der Waffen ist, werden folgerichtig die Aussagen über die geeigneten Instrumente intensiviert. Über die Bundeswehr stand zum Beispiel im Januartext lediglich ein sehr zurückhaltender Satz: "Die Bundeswehr ist eine wichtige Voraussetzung unserer internationalen Bündnis- und Handlungsfähigkeit". An diesem Punkt arbeiteten die CDU-Strategen schwer nach. Es lohnt sich, die komplette neue Bundeswehr-Passage anzuschauen: "Die Bundeswehr trägt entscheidend dazu bei, die politische Handlungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Ihr Verfassungsauftrag spiegelt die Wertgrundlage deutscher Sicherheitspolitik wider. Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr; sie fördert die militärische Stabilität und Integration Europas. Die Bundeswehr verteidigt Deutschland und seine Verbündeten, sie dient dem Frieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen; sie hilft bei Katastrophen und unterstützt humanitäre Aktionen."

Das stellt nicht nur eine quantitative Aufwertung der Bundeswehr im CDU-Grundsatzprogramm dar, sondern hier werden neue Qualitäten benannt, die als Ergebnis der Legitimationsdebatte aus der Sicht der Regierungspartei künftig deutschen Streitkräften zufließen sollen. Jetzt ist die Bundeswehr schon "entscheidend" für die Handlungsfähigkeit Deutschlands - als gäbe es gar keine Außenpolitik mehr ohne bewaffnete Komponenten! Vor den Schutz vor äußerer Gefahr (die übereinstimmend derzeit nirgends entdeckt werden kann) rückt als Aufgabe der Bundeswehr die Abwehr "politischer Erpressung" (nicht etwa militärischer!) - eine nichtquantifizierbare Bedrohung, aus der sich praktischerweise keine Schlüsse für einen vernünftigen Umfang der Bundeswehr ableiten lassen! Sogar für die "Integration Europas" sollen die Streitkräfte eine Rolle spielen, etwas respektlos formuliert wohl nach dem Motto, wenn sich Europas Zukunft nicht über die Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt, dann eben über das Eurokorps und die anderen von Röhre ausgedachten bilateralen Brigaden und Divisionen. Und schließlich liefert auch der betonte Dienst an der "internationalen Sicherheit" ein doppeltes Signal: So soll sich Deutschlands Rolle in der Welt in die Praxis umsetzen, und so - bei der Grenzenlosigkeit der Aufgabe "internationale Sicherheit" - baut man eine strukturelle Resistenz gegen etwaige Reduzierungsforderungen schon in den Auftrag der Bundeswehr ein.

An dieser Stelle zeigt ein Vergleich mit dem "Berliner Grundsatzprogramm" der SPD vom 20. Dezember 1989, wie weit sich - zumindest in Ihren Programmdokumenten - die beiden großen Volksparteien auseinanderentwickeln. Die SPD legte vor vier Jahren fest: "Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit". Und wenige Zeilen später taucht jener perspektivische, für ein Richtung-weisendes Grundsatzprogramm typische Satz auf, der wohl mit niemandem in der CDU verhandelbar wäre: "Das Ziel von Friedenspolitik ist es, Streitkräfte überflüssig zu machen". Auch ein zeknäheres Dokument der SPD, der Leitantrag zum Wiesbadener Bundesparteitag im November 1993 ("Perspektiven einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik") knüpft an diesem Grundverständnis deutscher Streitkräfte an. Der Antrag unterstreicht den Bundeswehrauftrag zur Verteidigung des Landes und im Bündnis: "Gemeinsam mit den Streitkräften unserer Bündnispartner muß die Bundeswehr militärischen Schutz bieten und zugleich Abrüstung und Vertrauensbildung in ganz Europa aktiv mitgestalten. Sie muß weiterhin der Kriegsverhinderung dienen, in der NATO zur wirksamen Verteidigung fähig sein, und in Umfang, Struktur, Bewaffnung, Ausbildung und Einsatzkonzeption ausschließlich und erkennbar Ihrem defensiven Auftrag entsprechen". Im folgenden kommt die SPD zu dem Schluß, daß die Erfüllung eines solchen Auftrags mit einer deutlich reduzierten Bundeswehr möglich ist.

#### KSZE schrumpft auf eine Restgröße

Auch beim Verständnis der NATO entwickeln sich die Vorstellungen von CDU und SPD weit auseinander. Es ist schon tollkühn, wenn die Christdemokraten nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Auflösung des Warschauer Paktes ohne weitere Begründung in ihr Grundsatzprogramm schreiben wollen: "Die politischen und strategischen Aufgaben der NATO haben sich durch die Veränderungen in Europa erweitert". Genau zum gegenteiligen Schluß kommt die SPD in ihrem bereits zitierten Leitantrag für Wiesbaden: "Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat die NATO als westliches Verteidigungsbündnis an Bedeutung verloren. Bis zur vollen Wirksamkeit eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf der Basis der KSZE sollte die NATO eine wichtige stabilisierende sicherheitspolitische Rolle wahrnehmen". Im Hintergrund dieser völlig kontroversen Interpretation der Situation nach 1989 steht eine unterschiedliche Perspektive für ein künftiges europäisches Sicherheitssystem. Die CDU bleibt

hier ungenau und unentschieden. Sie spricht von einem "Netz europäischer Sicherheit", "in dem sich NATO, WEU und KSZE ergänzen". Im folgenden ist dann praktisch aber nur noch von NATO, WEU und UNO die Rede. Die KSZE schrumpft dagegen auf eine Restgröße: "Als Regionalorganisation der UNO hat die KSZE wichtige ergänzende Funktionen in Europa" (GPN). Bei diesem Begräbnis zweiter Klasse haben sich offensichtlich Erfahrungen der letzten Monate niedergeschlagen, denn noch im Januarentwurf war der KSZE-Gedanke bei den christdemokratischen Programmstrategen quicklebendig: "Wir treten dafür ein, daß die KSZE wichtige Funktionen bei der Verhütung und Begegnung von Konflikten, aber auch in den Bereichen Rüstungskontrolle und Abrüstung, Verifikation und Konsultation übernehmen kann. Weiterhin liegt ihre Hauptaufgabe in der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit sowie im Einsatz für humanitäre Fragen" (GPA).

Alle Helsinki-Gedanken sind demnach in der CDU im Verlaufe von zehn Monaten auf der Strecke geblieben. Daswegen erklärt sie aber noch lange nicht klar, wie denn in Zukunft gesamteuropäisch Sicherheit organisiert werden soll. Der jüngste Vorstoß von Karl Lamers, Außenpolitischer Sprecher der CDU, für diese Aufgabe der WEU eine entscheidende Einsatzrolle zu übertragen, zeigt, daß die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen ist. Dasselbe gilt mit Einschränkung auch für die SPD, auch wenn der Leitantrag von Wiesbaden eine klare Präferenz für die KSZE vorsieht: "Wir setzen uns für den schrittweisen Aufbau der KSZE in Richtung auf ein System kollektiver Sicherheit ein". Dazu, so wünschen sich die Sozialdemokraten, soll ein KSZE-Sicherheitsrat geschaffen werden, der auch über KSZE-Blauhelme verfügen kann. So ganz sicher, ob diese Perspektive tragen wird, sind sich aber auch die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker nicht: Auch sie setzen auf eine "Vernetzung" von NATO, NATO-Kooperationsrat und KSZE auf dem Weg zu einem "von der KSZE getragenen gesamteuropäischen Sicherheitsraum".

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich der Grundsatzentwurf der CDU bei der gewachsenen deutschen "Verantwortung für die eine Welt" ganz schnell auf die militärische Wahrnehmung dieser Aufgabe konzentriert und sich in den substantiellen Aussagen auf militärische Friedenssicherung in Europa und weltweit reduziert. Der in letzter Zeit von der Opposition formulierte Vorwurf der "Militarisierung deutscher Außenpolitik", auf den CDU-Politiker gereizt reagieren, wird durch den Grundsatzprogrammtext nicht entkräftet. Im Gegenteil: es fällt auf, daß gegenüber dem Januarentwurf die politische Bedeutung von Bundeswehr, NATO und WEU noch aufgewertet, die der KSZE dagegen abgewertet werden. Eine außenpolitische Konzeption, die Deutschlands Rolle als nächster Nachbar der osteuropäischen Transformationsgesellschaften aufarbeitet und die Abhängigkeit der Export- und Handelsnation Bundesrepublik von einem funktionierenden Nord-Süd-Verhältnis berücksichtigt, wird nicht geliefert.

Im Hintergrund des ganzen Entwurfes steht eine pessimistische Erwartung: Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat den Frieden nicht nähergerückt, sondern die Aufgaben für Bundeswehr und NATO noch ausgeweitet. Offenbar fehlte den Autoren des Programmtextes noch der Mut, den Mitgliedern auch zu erklären, warum die CDU das so sieht. Ein anderer hat die ausgelassenen argumentativen Kettenglieder kürzlich nachgeliefert. Auf dem Berliner Parteitag der CDU verkündete der Chefdenker und Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble: "Aber die Welt wird ein gefährlicher Ort bleiben. In einer Zeit, in der die Verteilungskonflikte weltweit und auch in Europa immer dramatischer werden, die Wanderungsbewegungen sind nur ein Ausdruck dieser Verteilungskonflikte, werden wir Frieden und Freiheit für uns weder zum Nulltarif noch alleine sichern können".

Das neue Grundsatzprogramm der CDU stellt die Weichen für eine Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf weltweite Verteilungskämpfe vorbereitet: Überwiegend militärisch.

(-/27. Oktober 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Mit der Gewalt gegen Frauen beginnt es**  
**Was uns die Ereignisse in Algerien lehren**

**Von Dr. Edith Niehule MdB**  
**Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend**

Nach der Ermordung und Entführung ausländischer Techniker und Berater in Algerien durch islamische Fundamentalisten raten deutsche Firmen den Familien ihrer Mitarbeiter, das Land zu verlassen. Das Erschrecken darüber, daß sich der Haß fundamentalistischer Kräfte jetzt auch gegen Ausländer richtet, ist groß.

Doch diese Entwicklung kann diejenigen nicht überraschen, die zuvor auf die Stimmen der Frauen gehört haben. Frauen in Algerien leiden schon länger unter der zunehmenden Einschränkung ihrer Rechte, die die Regierung als Zugeständnis an die "Islamische Heilsfront" und deren Anhänger vornahm. Anschläge gegen geschiedene Frauen und der Terror gegen engagierte Frauen und Studentinnen nehmen in erschreckendem Maße zu. Die Täter werden - wenn überhaupt - nur sehr milde bestraft.

Immer wieder haben algerische Frauen vor dieser Entwicklung gewarnt, gegen die Beschneidung ihrer Bewegungs- und Arbeitsmöglichkeiten protestiert. Während der UN-Weltmenschensrechtskonferenz in Wien richtete die Rechtsanwältin Khalida Messaoudi einen dringenden Appell an die Weltöffentlichkeit, die Bedrohung algerischer und iranischer Frauen durch islamische Fundamentalisten und Regierungen zu verurteilen und die Frauen zu unterstützen.

Es ist seit langem bekannt: Wo Frauenfeindlichkeit praktiziert wird, macht die Gewalt auch nicht vor anderen Gruppen halt.

Doch zu lange wurde gezögert, Frauenrechte als Menschenrechte anzuerkennen. Gegen die Verletzung und Tötung von Frauen, weil sie eben "nur" Frauen sind, erhebt kaum eine Regierung ihre Stimme. Die systematische Einschränkung von Frauenrechten wird auch in der internationalen Politik zu wenig als Anlaß für diplomatische Einflußnahme genommen. In der Bundesrepublik wird geschlechtsspezifische Verfolgung nicht ausdrücklich als Asylgrund anerkannt.

Frauen haben ein eigenständiges Recht auf die Wahrung ihrer Integrität. Wer die Verletzung ihrer Würde noch nicht einmal als Warnzeichen für Entdemokratisierung und zunehmende Gewalt in einer Gesellschaft ernst nimmt, nimmt die Eskalation von Gewalt in Kauf. Anstatt frühzeitig und mit friedlichen Mitteln Einfluß zu nehmen, lassen es die Regierenden auf eine Eskalation ankommen.

Als letztes Mittel, um die Menschenrechte zu wahren, fällt vielen dann nur die (militärische) Intervention ein.

(-/27. Oktober 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*